Die sicherheitspolitische Lage Europas aus österreichischer Sicht

Autor(en): **Wallner, Friedrich**

Objekttyp: **Article**

Zeitschrift: **ASMZ : Sicherheit Schweiz : Allgemeine schweizerische Militärzeitschrift**

Band (Jahr): **159 (1993)**

Heft 6

PDF erstellt am: **03.07.2024**

Persistenter Link: https://doi.org/10.5169/seals-62418

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.
Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.
Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

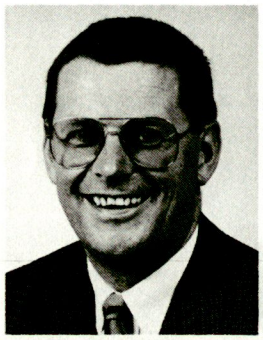
Ein Dienst der *ETH-Bibliothek*
ETH Zürich, Rämistrasse 101, 8092 Zürich, Schweiz, www.library.ethz.ch

http://www.e-periodica.ch

Die sicherheitspolitische Lage Europas aus österreichischer Sicht

Friedrich Wallner

Welches kann der Beitrag des Neutralen zur sicherheitspolitischen Architektur Europas sein? – Bis zu welcher (Schmerz-)Grenze ist neutrale sicherheitspolitische Autonomie möglich? – Was kann erreicht werden – mit welchen Opfern?
Der Autor beurteilt als militärpolitischer Experte diese Fragen aus der Sicht unseres neutralen östlichen Nachbarlandes.
fv.



Friedrich Wallner, Oberstlt; Mathematiker; Chefanalytiker im Heeresdatenverarbeitungsamt; Generalsekretär der Österreichischen Offiziersgesellschaft.

Sicherheitspolitik

Nach österreichischer Definition ist Sicherheitspolitik **die Summe aller Massnahmen, vornehmlich in den Bereichen der Aussenpolitik, der Politik zur Erhaltung der inneren Stabilität sowie der Verteidigungspolitik, zum Schutz der Bevölkerung und der Grundwerte dieses Staates gegenüber allen Bedrohungen sowie zur Aufrechterhaltung und Verteidigung seiner immerwährenden Neutralität.**

Innere Stabilität wird definiert als **Bestand der verfassungsmässigen Einrichtungen und die Erhaltung ihrer Handlungsfähigkeit, der demokratischen Freiheiten der Einwohner sowie die soziale und wirtschaftliche Ausgewogenheit in Österreich.**

Österreich

Die Auflösung des Warschauer Paktes, die Öffnung des Ostens und die Vereinigung Deutschlands veränderten über Nacht die sicherheitspolitische Situation Österreichs. Konnte man sich durch die Existenz des Gleichgewichts des Schreckens und der bipolaren Ausrichtung der Beistandsverpflichtungen darauf verlassen, dass jede kleine Veränderung des Gleichgewichts wegen der sofort eintretenden Reaktion des jeweiligen Antagonisten unterlassen würde, so war eben nur der «grosse europäisch-globale» Krieg denkbar. Die Ausrichtung auf diesen erlaubte es den Politikern, Österreichs Schutz einem Minimalbundesheer zu überlassen, das durch das Raumverteidigungskonzept massgeschneidert auf das Schlimmste ausgerichtet war. In den Schlüsselzonen statisch zur Verteidigung aufgestellt, mangels eigener leistungsfähiger Luftstreitkräfte zur Unbeweglichkeit verurteilt, sollte das Bundesheer Abhaltewirkung durch Abnützen des Feindes erzielen. Der mechanisierte Teil des Bundesheeres sollte dabei durch den einen einzigen Gegenangriff die zweite Staffel des Feindes beim Versuch des Durchstossens der entscheidenden Schlüsselzone zerschlagen.

Plötzlich jedoch war das gesamte Spektrum der Möglichkeiten militärischer Auseinandersetzung in Europa wieder möglich geworden. Und vor allem, es war möglich geworden vor Österreichs Haustür. Das Billigkonzept der Realisierung einer Landesverteidigung durch die Raumverteidigung hatte ausgedient. Österreich war gezwungen, seine eigene Sicherheitspolitik zu überdenken, damit aber auch seine Position in Europa.

Veränderung

Die eingetretene Entwicklung bringt Österreich den Vorteil, dass die latente Bedrohung durch die um Österreich befindlichen Militärpotentiale weitgehend weggefallen ist. Der Abzug der Zentralgruppe und der Südgruppe der Truppen der ehemaligen UdSSR haben in den Nachbarstaaten nurmehr nationale Streitkräfte zurückgelassen, die einem Prozess der Umstrukturierung und, aus budgetären Gründen, einer Verkleinerung unterliegen. Durch die Auflösung des Warschauer Paktes ist die politische Entfernung zum Nachfolger der früheren UdSSR grösser geworden. Der Vorteil der geopolitischen Lage Österreichs zu den Staaten Mittel-, Ostmittel- und Südosteuropas ist offensichtlich, die wirtschaftlichen Möglichkeiten nach dem Scheitern des Kommunismus sind gross.

Diesen Vorteilen stehen Veränderungen gegenüber, die in viele Szenarien münden, die aber allesamt ein Ansteigen der Gefahren signalisieren. Das Verschwinden der gewohnten Sicherheitsmechanismen und die exponierte Lage Österreichs als «westlicher Wohlstandserker» bergen nämlich die Gefahr in sich, dass bei weiterer Eskalation der bestehenden Kriegssituation auf dem Balkan und der damit unausbleiblich verbundenen Auswei-

Plötzlich jedoch war das ganze Spektrum der Möglichkeiten militärischer Auseinandersetzungen in Europa wieder denkbar geworden.

tung des Konflikts auf Nachbarstaaten auch Österreich in diesen an sich regionalen Konflikt hineingezogen wird. Verschärft kann diese Entwicklung werden durch derzeit nicht kalkulierbare Vorgänge in der GUS, durch Veränderungen im strategischen Kräftegleichgewicht zwischen den USA und der GUS und/oder durch aussereuropäische Faktoren.

Geblendet vom Zerfall der UdSSR und des Warschauer Paktes werden nur die Vorteile dieser Entwicklung betrachtet und die Friedensdividende eingefordert, die, da es zu keiner «Kriegsdividende» kommen musste, schon längst eingefahren worden war. Und obwohl die Medien voll von wenig beruhigenden Berichten sind, liegt das allgemeine Interesse nicht auf der Sicherheitspolitik. Der Grund ist klar. War die bisherige Situation geprägt durch ein «Feindbild», leicht verständlich für (fast) jedermann, so spricht man jetzt vom «abhanden gekommenen Feindbild», vom Bedrohungsbild, von möglichen Gefahren. Alles Dinge, die nur sehr schwer verständlich zu machen sind.

Jede dieser Aussagen kann in den Medien nachgelesen werden. Schon ein stärkeres Betonen einer Schutzmachtfunktion kann eine Entwicklung einleiten, die Europa an den Rand des Abgrunds bringt. Als Hausaufgabe (für interessierte Leser) wäre etwa zu erwägen, welche Auswirkungen der Ausfall von Erdgaslieferungen an die wirtschaftlich immer noch dominierende, dennoch rezessionsgezeichnete Bundesrepublik und damit für Europa bedeutet.

Sicherheitspolitik in Europa

Angesichts der vielfältigen Kombinationsmöglichkeiten von Gefahren und Bedrohungen und den daraus resultierenden Gefährdungen muss Österreich trachten, wahrscheinlich sogar unter Aufgabe seiner immerwährenden Neutralität, sich einem System anzuschliessen, das der Zielsetzung der österreichischen Sicherheitspolitik entspricht oder zumindest weitgehend nahekommt. Auf dem Sektor der Wirtschaft ist diese Festlegung bereits geschehen. Die Beitrittsverhandlungen mit der EG haben begonnen.

Gefahren (eine Auswahl aus österreichischer Sicht)

- Es sind drei neue Nachbarstaaten entstanden, nämlich Slowenien, Slovakei und Tschechien. Die Loslösung Sloweniens von Jugoslawien machte bereits einen Einsatz des Bundesheeres zum Schutz der Grenze notwendig.
- Ungarn betrachtet sich als Schutzmacht der ungarischen Minderheiten in den angrenzenden Staaten, also Slowakei, Rumänien und Restjugoslawien. Diese Minderheiten sind zahlenmässig beträchtlich.
- Die Atomkraftwerke in der ehemaligen CSFR und des ehemaligen Jugoslawien gelten als technisch überholt und werden als latente Gefahr angesehen.
- Für Österreichs (und auch Europas) Energieversorgung wichtige Pipelines führen aus der Ukraine über das Gebiet der Slowakei.

- Der Krieg im ehemaligen Jugoslawien ist immer noch nicht zu Ende.
- Die Idee des Panslawismus wird wieder artikuliert. Russland etabliert sich mehr und mehr zur Schutzmacht Serbiens.
- Albanien erklärt sich als Schutzmacht der Albaner im Kosovo.
- Die Türkei erklärt sich zur Unterstützung Albaniens bereit für den Fall, dass sich der Konflikt von Bosnien-Herzegowina in das Kosovo ausdehnen sollte.
- Die Türkei soll bereits militärische Ausbildungshilfe an die albanische Armee leisten.
- Die Türkei artikuliert die Forderung nach einem Ölembargo gegen westliche Staaten, um ein Eingreifen zugunsten der in höchste Bedrängnis geratenen moslemischen Volksgruppe in Bosnien zu erzwingen.

- Es mehren sich Berichte, wonach ein reger Handel mit Waffen, darunter chemische und atomare, zwischen den moslemischen Republiken Mittelasiens mit anderen moslemischen Staaten, vor allem mit dem Iran, entstanden sei.
- Die Masse der Flotte ist unter russischer Kontrolle, vor allem die strategischen Marinewaffen.
- Die Bevölkerung der ehemaligen UdSSR verarmt rapid durch den Umstellungsprozess der Wirtschaft.
- Die Bedeutung der Türkei nimmt im Kräftespiel des Vorderen Orients zu. Der Iran, der Irak und die Türkei haben gemeinsame Grenzen und das gemeinsame Bestreben, vor allem in die Moslem-Republiken Mittelasiens zu wirken.
- Der Iran kann den Zugang zum Arabischen Meer, zum Persischen Golf kontrollieren und hat durch die Besetzung einer kleinen Inselgruppe diese Absicht deutlich ausgesprochen.
- Indien hat einen Marschflugkörper entwickelt und besitzt Atomwaffen, Pakistan ist vermutlich im Besitz von Atomwaffen.
- Die Proliferation der Technologie von Trägersystemen für Atom- und andere Massenvernichtungswaffen führt dazu, dass immer grössere Teile Europas von derartigen Systemen erreicht werden können.

- Die Wirtschaft Westeuropas ist vom Import von Rohstoffen und Energieträgern abhängig. Dieser Import erfolgt über Land und über See.
- Der Wegfall des Feindbildes Kommunismus setzt Energien für neue separatistische Bewegungen frei. Meibion Glyndwr in Wales und Lega Nord in Italien sind Beispiele dafür.
- Der Zusammenschluss Europas wird viel kritischer gesehen als noch vor einem Jahr. Die Abstimmungsergebnisse in Dänemark und der Schweiz haben dies deutlich gezeigt.
- Die auch in der bereits existierenden EG vorhandenen grossen Unterschiede der wirtschaftlichen Stärke führen zu Spannungen.
- Der Einwanderungsdruck in Verbindung mit der Rezession führt in weiten Teilen Europas zur Ablehnung der Einwanderungspolitik und zu einer Radikalisierung von spezifischen Bevölkerungsschichten.
- Die Wirtschaftsprobleme und der Wegfall der direkten Bedrohung durch den Warschauer Pakt führen zur Einforderung der Friedensdividende. Die allgemeine Wehrpflicht steht in vielen Ländern zur Debatte. Einsparungen auf dem Verteidigungssektor sind angesagt.

Damit ist aber eine eminent wichtige Frage verknüpft. Nämlich wer, oder besser, welches Sicherheitssystem sichert die für die EG lebenswichtigen überseeischen Handelswege und damit die Handelsverbindungen? Oder noch schärfer formuliert: **Wer ist heute noch in der Lage, ozeanisch zu agieren?** Ein Blick in die Flottenhandbücher zeigt, dass die europäischen Staaten sehr eingeschränkt in der Lage sind, über längere Zeit und auf grosse Entfernungen die «Sea Lines of Communications (SLOC)» offenzuhalten. Nur die USA haben sich die Fähigkeit erhalten, diese Anforderung zu erfüllen.

Das Sicherheitssystem, das Europa mit den USA verknüpft, ist die NATO. Die EG kann also in die Situation kommen, von ihrem schärfsten Konkurrenten, den USA, Hilfe in Anspruch nehmen zu müssen. Was entweder von den USA im voraus ausgenützt werden wird, oder aber die EG zwingt, das europäische Sicherheitssystem, die WEU, entsprechend materiell auszustatten. Vergleicht man die Prozentanteile der Verteidigungsausgaben am Bruttoinlandsprodukt, so zeigt der NATO-Durchschnitt einen deutlich höheren Wert als der WEU-Durchschnitt. Diese Differenz kommt einzig und allein durch den Beitrag der USA zustande. Eine Lockerung des Verhältnisses EG zu den USA kann also nur bedeuten, dass das «burden sharing» verstärkt anzuwenden sein wird. Deutliche Hinweise in diese Richtung sind die angekündigten Sparmassnahmen der US-Regierung.

Auch in der Sicherheitspolitik gilt der Grundsatz: «Nur Stärke zählt.»

Die Entscheidung für die EG, und damit für alle Beitrittswilligen, wird also sein, entweder weiterhin sich der NATO zu bedienen unter Abstützung auf US-Ressourcen oder Verstärkung der WEU. Die Aussage der Generalsekretäre von NATO und WEU, gemünzt auf Österreich, dass nur ein Doppelbeitritt logisch wäre, macht die Entscheidung leicht und zeigt, dass eine Übernahme von Aufgaben der NATO durch die WEU nicht in allen Fällen möglich sein wird.

Schon die Behandlung dieses einzigen Aspekts europäischer Sicherheitspolitik weist auf eine äusserst komplexe Materie hin, die durch die enge Verknüpfung von Wirtschaftspolitik und Verteidigungspolitik noch viele Überraschungen bringen wird. Die Erfahrung aus dem Krieg im ehemaligen Jugoslawien lehrt, wie essentiell der Unterschied zwischen einem kollektiven und einem kooperativen Sicherheitssystem ist. Die NATO ist derzeit ein kollektives Verteidigungsbündnis. Anzustreben ist der Beitritt zu einem kollektiven Verteidigungssystem, das nahezu verzugslos Unterstützung bieten kann. Nur verzugslose Reaktion bietet Schutz, da, wie die Welt momentan im Falle Bosnien-Herzegowinas sieht, ein Aggressor im Schutze jahrelanger Verhandlungen sein Ziel sehr wohl erreichen kann. Inwieweit die geänderten sicherheitspolitischen Rahmenbedingungen eine Weiterentwicklung der NATO weg von der Kollektivität bringen werden, kann bestenfalls vermutet werden. Unabhängig ob kollektiv oder kooperativ, erwünscht ist in einem Sicherheitssystem nur, wer als Beitrittswilliger keine Probleme einschleppt.

Auch in der Sicherheitspolitik gilt der Grundsatz: **«Nur Stärke zählt».** ■

KPT CPT

CLEVER?
JA! ALSO...

Die Krankenkasse KPT versichert als schweizerische Berufskrankenkasse Angestellte des Bundes, der Kantone und der Gemeinden sowie der schweizerischen Transportunternehmungen wie auch deren Angehörige. Über 250'000 zufriedene Mitglieder sind der Beweis unserer Leistungsfähigkeit.

KPT CPT
Krankenkasse KPT
Tellstrasse 18
Postfach
3000 Bern 22
Telefon 031 42 62 42

Antworttalon
Bitte in einen Umschlag stecken und an die KPT senden.
Ich bin an der Krankenkasse KPT interessiert. Nehmen Sie mit mir Kontakt auf.
Name, Vorname:
Strasse:
PLZ/Ort:
Geburtsdatum: Telefon:
Arbeitgeber: